

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 11 | 17.03.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 60/2023 \(Anhang A; Anhang B\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die **technische Ausgestaltung eines öffentlichen Warnsystems**

[BGBl II 61/2023 \(Anlagen\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Frequenznutzungsverordnung** 2013, die Verordnung, mit der **generelle Bewilligungen** erteilt werden sowie die Verordnung zur **Durchführung des Amateurfunkgesetzes** geändert werden

[BGBl II 63/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **Universitätsberechtigungsverordnung** geändert wird

[BGBl II 64/2023](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zur Gewährung von Investitionszuschüssen für die Neuerrichtung, Revitalisierung und Erweiterung von Anlagen zur Erzeugung und Speicherung von Strom aus erneuerbaren Quellen (**EAG-Investitionszuschüsseverordnung-Strom** – EAG-IZVO)

[BGBl II 65/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über **Angaben der Herkunft von Zutaten** in Speisen, die in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung abgegeben werden

[BGBl III 31/2023](#)

Kundmachung der Bundesministerin für EU und Verfassung betreffend die zwischen der Republik Österreich und **Bosnien und Herzegowina** geltenden **bilateralen Verträge**

[BGBl III 39/2023](#)

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich und der Landespolizei des Fürstentums **Liechtenstein** betreffend die **flugpolizeiliche Zusammenarbeit** zur Durchführung des „Vertrages zwischen der Republik Österreich,

dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit“

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 73 v 10.03.2023, 23](#)

Empfehlung (EU) 2023/550 der Kommission vom 8. März 2023 zu den nationalen Unterstützungsprogrammen für die Planung der **nachhaltigen städtischen Mobilität**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

27.02.2023, [V 153/2021](#)

StVO; gesetzwidrige Kundmachung einer VO einer Tir Gemeinde aufgrund unterlassener Aufstellung von Hinweiszeichen an allen für die Ein- und Ausfahrt in Frage kommenden Stellen der **Fußgängerzone**

27.02.2023, [E 2441/2022](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Burkina Faso; mangelhafte Auseinandersetzung mit der aktuellen Lage in der konkreten Herkunftsregion des Bf

27.02.2023, [E 1119/2022](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen staatenlosen palästinensischen Flüchtling; mangelhafte Auseinandersetzung mit aktuellen Länderinformationen zur Situation im Herkunftsstaat des Bf

28.02.2023, [V 97/2021](#)

Oö Raumordnungsg; Aufhebung der VO einer Oö Gemeinde aufgrund eines nicht „kleinen“ **Verstoßes gegen Formvorschriften** iSd § 33 Abs 3 Oö Raumordnungsg; **unterlassene Verständigung** der betroffenen Eigentümer von der Planaufgabe, wodurch im Unterschied zum davor geltenden Flächenwidmungsplan eine Errichtung von Gebäuden gänzlich ausgeschlossen wird

28.02.2023, [G 66/2022](#)

Gewerbliches Sozialversicherungsg; kein Verstoß gegen den **Gleichheitsgrundsatz** durch eine Bestimmung des Gewerblichen Sozialversicherungsg betreffend die **Beitragsgrundlage für Pflichtversicherte**; keine Geltung des Grundsatzes der **Äquivalenz von Beitrags- und Versicherungsleistung** in der gesetzlichen Pensionsversicherung; gesetzlich vorgesehene Möglichkeit der Änderung der vorläufigen Beitragsgrundlage auf Antrag des Versicherten

28.02.2023, [E 233/2022](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** betreffend einen irakischen Staatsangehörigen; unterlassene Berücksichtigung der Gefahr der Verfolgung homosexueller Personen im Irak

01.03.2023, [WI 12/2022](#)

B-VG; kein Verstoß gegen die **Grundsätze der Verhältniswahl** durch das d'Hondt'sche Verfahren bei **Verteilung der Stadtseatsmandate**; keine verfassungsrechtlichen Bedenken, dass die mit einem nur jeweils sehr geringen Teil der Wähler repräsentierenden Wahlparteien kein Mandat im Stadtsenat erhalten

01.03.2023, [E 3130/2022](#)

Bgld GemeindevolksrechteG; keine Verletzung des Rechts auf **Durchführung einer Volksabstimmung auf Gemeindeebene**; Verletzung des Gebots der **Klarheit der Fragestellung** durch mangelhafte Festlegung des Gegenstands der Befragung

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

16.12.2022, [Ro 2021/04/0028](#)

BundesvergabeG; gem § 37 Abs 1 Z 4 BundesvergabeG kann **Auftrag** im Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung vergeben werden, wenn sich aufgrund von **unvorhersehbaren Ereignissen** äußerst dringliche und zwingende Gründe (die nicht dem öffentlichen Auftraggeber zuzuschreiben sind) ergeben und deswegen die bei einer Auftragsvergabe in einem Verfahren mit vorheriger **Bekanntmachung** vorgesehenen Fristen nicht eingehalten werden können; mit den zwei im Februar 2021 kundgemachten COVID-Verordnungen und den darin vorgesehenen Testpflichten war ein für das Land VlbG unvorhersehbares Ereignis eingetreten; das Land VlbG durfte somit Auftrag zur Erweiterung der Testkapazitäten nach § 37 Abs 1 Z 4 leg cit in einem Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung und ohne weitere Bieter beizuziehen vergeben

19.12.2022, [Ra 2022/03/0219](#)

WaffenG; gem § 25 Abs 3 WaffenG hat Behörde waffenrechtliche Urkunden (hier: **Waffenbesitzkarte**) zu **entziehen**, wenn sich ergibt, dass der oder die Berechtigte nicht mehr **verlässlich** ist; nach § 8 Abs 5 Z 1 leg cit gilt ein Mensch dann nicht (mehr) als verlässlich, wenn er öfter als zweimal wegen einer im Zustand der Trunkenheit begangenen schwerwiegenden Verwaltungsübertretung bestraft wurde und diese Bestrafungen noch nicht getilgt sind; unter Verweis auf bisherige Rsp des VwGH und bei zusätzlicher Berücksichtigung der Zielsetzung des WaffenG zählt auch die Verweigerung des Alkoholtests als eine im Zustand der Trunkenheit begangene schwerwiegende Verwaltungsübertretung im Sinne des § 8 Abs 5 Z 1 leg cit

06.02.2023, [Ra 2022/03/0167](#)

GerichtsorganisationsG; bei einem Hausverbot gem § 16 Abs 3 Z 2 GerichtsorganisationsG handelt es sich um eine „Sicherheitsmaßnahme“, die aus „besonderem Anlass“ getroffen werden kann; dessen Verhängung setzt konkrete Sicherheitsbedenken voraus, die nicht nur allgemeiner Natur sind, sondern sich aus besonderem Anlass ergeben und denen mit dem Hausverbot in verhältnismäßiger Art und Weise begegnet werden kann; belangte Behörde stützte das Hausverbot ausschließlich auf die Verurteilung des Rw nach § 120 StGB wegen des Vergehens des Missbrauchs von Tonaufnahme und Abhörgeräten in einem Verfahren des Bezirksgerichts Wels; mit diesem singulären Ereignis konnte das **unbefristete Hausverbot** im vorliegenden Fall allerdings nicht rechtmäßig begründet werden; für eine solche **Prognose** hätte es überdies den Rw in einer **mündlichen Verhandlung** einvernehmen müssen

C. VERWALTUNGSGERICHE

LVwG Oö 03.02.2023, [LVwG-702281](#)

Oö Polizeistrafg; dass Beschimpfungen wie: „Wie bei die Nazis!“ als **Anstandsverletzung** zu qualifizieren sind, ist unzweifelhaft gegeben; wenn der Bf die Meinung vertritt, eine solche Äußerung würde der **Meinungsfreiheit** unterliegen, so ist dies unzutreffend; insbesondere endet die Meinungsfreiheit des Bf dort, wo er sich gegenüber anderen beleidigend oder beschimpfend äußert; dass die Bezeichnung als „Nazis“ insofern eine Anstandsverletzung darstellt, kann nicht bezweifelt werden

LVwG Nö 22.02.2023, [LVwG-AV-358/001-2022](#)

EpidemieG; der **Vergütungsanspruch** des § 32 EpidemieG ist ein **untrennbarer Anspruch**, über den gesamthaft zu entscheiden ist; trennbare Absprüche könnten nur hinsichtlich verschiedener (Absonderungs-)Zeiträume oder verschiedener Dienstnehmer vorliegen; ist letzterer Umstand nicht gegeben, ist das VwG ungeachtet einer nur gegen die Teilabweisung gerichteten Beschwerde berechtigt und verpflichtet, über den gesamten Vergütungsanspruch im Umfang des ursprünglich gestellten Antrags abzusprechen

LVwG Wien 23.01.2023, [VGW-151/095/14243/2022](#)

Niederlassungs- und AufenthaltsG; wenn der österreichische Gesetzgeber die **Anrechnung der Studienzeiten** zur Hälfte in § 45 Abs 2 erster Satz Niederlassungs- und AufenthaltsG davon abhängig macht, dass dieser Aufenthalt einer Niederlassung unmittelbar vorangeht, so ist dies aus unionsrechtlicher Perspektive nicht zu beanstanden; aufgrund des **fakultativen Charakters** des Art 4 Abs 2 zweiter Unterabsatz RL 2003/109/EG dürfte der Gesetzgeber den Studienaufenthalt auch zur Gänze unberücksichtigt lassen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[16.03.2023, verb Rs C-439/20 P u C-441/20 P, Kommission/Jiangsu Seraphim Solar System](#)

Rechtsmittel – Dumping – **Einführen von Fotovoltaik-Modulen** aus kristallinem Silicium und Schlüsselkomponenten davon (Zellen) mit Ursprung in oder versandt aus China – Durchführungsverordnung (EU) 2016/2146 zum Widerruf der mit dem Durchführungsbeschluss 2013/707/EU bestätigten Annahme des Verpflichtungsangebots im Hinblick auf zwei ausführende Hersteller – **Zulässigkeit der Klage** – Art 263 Abs 4 AEUV – **Kriterium der unmittelbaren Betroffenheit** – Art 277 AEUV – Einrede der Rechtswidrigkeit – Zulässigkeit – Rechtsschutzinteresse gegenüber den Rechtsakten, die dem angefochtenen Rechtsakt als Rechtsgrundlage gedient haben – Verordnung (EU) 2016/1036 – Art 8 Abs 9 – Verordnung (EU) 2016/1037 – Art 13 Abs 9 – Folgen des Widerrufs der Annahme eines Verpflichtungsangebots durch die Europäische Kommission – Durchführungsverordnung (EU) Nr 1238/2013 – Art 3 – Durchführungsverordnung (EU) Nr 1239/2013 – Art 2 – **Verlust der Zollbefreiung** – Durchführungsverordnung (EU) 2016/2146 – Art 2 – Nichtigerklärung der Verpflichtungsrechnungen – Entstehung des Zollanspruchs in Bezug auf alle betroffenen Transaktionen – Keine Rückwirkung

[16.03.2023, Rs C-127/21 P, American Airlines/Kommission](#)

Rechtsmittel – Verordnung (EG) Nr 139/2004 – **Unternehmenszusammenschlüsse** – Luftverkehrsmarkt – Für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärter Zusammenschluss – Von den Parteien des Zusammenschlusses eingegangene Verpflichtungen – Beschluss, mit dem angestammte Rechte zuerkannt werden – **Begriff ‚angemessene Nutzung‘**

[16.03.2023, Rs C-174/21, Kommission/Bulgarien \(Double manquement – Pollution par les PM10\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2008/50/EG – **Luftqualität** – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine Vertragsverletzung festgestellt wird – Art 260 Abs 2 AEUV – Verpflichtung, die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus einem solchen Urteil ergeben – Verstoß gegen diese Verpflichtung, auf den sich die Europäische Kommission beruft – **Fehlende Klarheit des Aufforderungsschreibens** hinsichtlich der Frage, ob das Urteil zum maßgebenden Zeitpunkt noch durchgeführt werden musste – **Grundsatz der Rechtssicherheit** – Unzulässigkeit

[16.03.2023, Rs C-339/21, Colt Technology Services ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste – Richtlinie (EU) 2018/1972 – Art 13 – Bedingungen, die an eine Allgeneingenehmigung geknüpft werden können – Anhang I Teil A Nr 4 – Ermöglichung der **rechtmäßigen Überwachung des Telekommunikationsverkehrs** – Art 3 – Allgemeine Ziele – Nationale Regelung über die Erstattung der Kosten im Zusammenhang mit den Überwachungstätigkeiten, die durch die **Justizbehörden gegenüber den Betreibern** von Telekommunikationsdiensten angeordnet werden – Fehlen eines Mechanismus zur vollständigen Erstattung – Grundsätze der Nichtdiskriminierung, der Verhältnismäßigkeit und der Transparenz

[16.03.2023, Rs C-351/21, Beobank](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Zahlungsdienste im Binnenmarkt** – Richtlinie 2007/64/EG – Art 47 Abs 1 Buchst a – Informationen an einen Zahler nach Eingang seines Zahlungsauftrags – Art 58, 60 und 61 – **Haftung des Zahlungsdienstleisters** für nicht autorisierte Vorgänge – Pflicht des Dienstleisters, dem Zahler die nicht autorisierten Vorgänge zu erstatten – Rahmenverträge – Pflicht des Dienstleisters, dem Zahler Angaben zum betreffenden Zahlungsempfänger mitzuteilen

[16.03.2023, Rs C-449/21, Towercast](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – **Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen** – Verordnung (EG) Nr 139/2004 – Art 21 Abs 1 – Ausschließliche Anwendung dieser Verordnung auf unter den Begriff des Zusammenschlusses fallende Vorgänge – Tragweite – Zusammenschluss, der **nicht von gemeinschaftsweiter Bedeutung** ist, unterhalb der vom Recht eines Mitgliedstaats vorgesehenen **Schwellen für eine verpflichtende Ex-ante-Kontrolle** liegt und nicht zu einer Verweisung an die Europäische Kommission geführt hat – Kontrolle eines solchen Zusammenschlusses durch die Wettbewerbsbehörden dieses Mitgliedstaats am Maßstab des Art 102 AEUV – Zulässigkeit

[16.03.2023, Rs C-511/21 P, Kommission/Calhau Correia de Paiva](#)

Rechtsmittel – **Sprachenregelung** – Auswahlverfahren EPSO/AD/293/14 – Bekanntmachung des Auswahlverfahrens – Beschränkung der Wahl der zweiten Sprache des Auswahlverfahrens auf Deutsch, Englisch oder Französisch – **Nichtaufnahme in die Reserveliste** – Einrede der Rechtswidrigkeit der Bekanntmachung des Auswahlverfahrens – Zulässigkeit

[16.03.2023, Rs C-522/21, Saatgut-Treuhandverwaltung \(KWS Meridian\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – Sortenschutz – Verordnung (EG) Nr 2100/94 – Ausnahmeregelung gemäß Art 14 Abs 3 – Art 94 Abs 2 – Verletzung – **Schadensersatzanspruch** – Verordnung (EG) Nr 1768/95 – Art 18 Abs 2 – Ersatz des Schadens – Auf der Grundlage der **vierfachen Lizenzgebühr berechneter Mindestpauschalbetrag** – Befugnis der Europäischen Kommission – Ungültigkeit

[16.03.2023, Rs C-565/21, Caixabank \(Commission d'ouverture du prêt\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Art 3, 4 und 5 – Verbraucherverträge – **Hypothekendarlehen** – Missbräuchliche Klauseln – **Klausel über die Provision** für die Bereitstellung des Darlehens – Klage auf Nichtigkeitserklärung dieser Klausel und Rückzahlung des insoweit gezahlten Betrags – Klarheit und Verständlichkeit der Klauseln – Vorliegen spezifischer nationaler Rechtsvorschriften

[16.03.2023, Rs C-6/22, MB ua \(Effets de l'invalidation d'un contrat\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Art 6 und 7 – **Folgen der Feststellung der Missbräuchlichkeit** einer Klausel – An eine Fremdwährung gekoppelter Hypothekendarlehensvertrag – Fortbestand des Vertrags ohne missbräuchliche Klauseln – **Willen des Verbrauchers**, dass der **Vertrag für nichtig erklärt wird** – Anwendung der Richtlinie nach Nichtigkeitserklärung des Vertrags – Befugnisse und Pflichten des nationalen Gerichts

B. SCHLUSSANTRÄGE

[16.03.2023, Rs C-634/21, SCHUFA Holding ua \(Scoring\) \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 6 Abs 1 – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung – Art 22 – Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall – **Profiling** – Private Wirtschaftsauskunfteien – Ermittlung eines **Wahrscheinlichkeitswerts der Kreditwürdigkeit** einer natürlichen Person (**Scoring**) – Übermittlung an Dritte, die eine Entscheidung über die Begründung, Durchführung oder Beendigung von Vertragsverhältnissen mit dieser Person auf der Grundlage dieses Wertes treffen

[16.03.2023, Rs C-671/21, Garqždu geležinkelis \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eisenbahnverkehr – Richtlinie 2012/34/EU – **Zuweisung von Fahrwegkapazität** – Netzfahrplanerstellung – Art 45 – Koordinierungsverfahren – Art 46 – **Überlastete Fahrwege** – Vorrangkriterien – Art. 47 – Nationale

Regelung, nach der die prognostizierte Intensität der Nutzung der Infrastruktur als Vorrangkriterium zu berücksichtigen ist – Gerechte und **nichtdiskriminierende Zuweisung**

[16.03.2023, verb Rs C-26/22 u C-64/22, SCHUFA Holding ua \(Libération de reliquat de dette\) \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 6 Abs 1 Unterabs 1 Buchst f – **Rechtmäßigkeit der Verarbeitung** – Art 17 Abs 1 Buchst d – Recht auf Löschung im Fall einer unrechtmäßigen Verarbeitung personenbezogener Daten – Art 40 – Verhaltensregeln – Art 77 Abs 1 – Recht auf Beschwerde – Art 78 Abs 1 – **Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf** gegen eine Aufsichtsbehörde – Art 7 und 8 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Beschluss der Aufsichtsbehörde über eine Beschwerde – Umfang der gerichtlichen Überprüfung dieses Beschlusses – Private Wirtschaftsauskunftei – Speicherung von Daten aus einem öffentlichen Register – Berechtigtes Interesse – **Dauer der Speicherung**

[16.03.2023, Rs C-47/22, Apotheke B \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse – Humanarzneimittel – Richtlinie 2001/83/EG – Art 77, 79 und 80 – **Großhandelsvertrieb von Arzneimitteln** – Genehmigung zur Ausübung der Tätigkeit eines Arzneimittelgroßhändlers – Widerruf oder Aussetzung der **Genehmigung**

C. GERICHT

[15.03.2023, Rs T-89/22, Homy Casa/EUIPO - Albatros International \(Chaises\)](#)

Gemeinschaftsgeschmacksmuster – Nichtigkeitsverfahren – Eingetragenes Gemeinschaftsgeschmacksmuster, das einen Stuhl darstellt – Älteres Geschmacksmuster – Nichtigkeitsgrund – **Offenbarung des älteren Geschmacksmusters** – Offenbarung im Internet – Angaben zum älteren Geschmacksmuster – Ermessen der Beschwerdekammer – Art 63 Abs 1 der Verordnung (EG) Nr 6/2002

[15.03.2023, Rs T-133/22, Katjes Fassin/EUIPO \(THE FUTURE IS PLANT-BASED\)](#)

Unionsmarke – Anmeldung der Unionswortmarke THE FUTURE IS PLANT-BASED – Aus einem **Werbeslogan** bestehende Marke – **Absolutes Eintragungshindernis** – Fehlende Unterscheidungskraft – Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EU) 2017/1001

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

09.03.2023, Beschwerde Nr [36345/16](#), L.B./Ungarn GC

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Veröffentlichung **persönlicher Daten** auf Homepage der **Steuerbehörde**; weiter **Ermessensspielraum** des Staats bei der Festlegung einer Regelung für die Verbreitung personenbezogener Daten von Steuerpflichtigen, die ihren steuerlichen Verpflichtungen nicht nachkommen; **Versäumnis** des Gesetzgebers, einen angemessenen Ausgleich zwischen den konkurrierenden öffentlichen und privaten Interessen zu finden; keine Verhältnismäßigkeitsprüfung durch die Steuerbehörde; keine Prüfung der Auswirkungen auf das Recht auf Privatsphäre

14.03.2023, Beschwerde Nr [57378/18](#), Georgiou/Griechenland

Verletzung von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Keine Gewährung **rechtlichen Gehörs**; **Versäumnis** des Kassationsgerichts, den Antrag des Bf auf Einholung einer Vorabentscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union ohne Angabe von Gründen zu prüfen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Paul Durstberger, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.